

Werner Ruf (Hrsg.)

Politische Ökonomie der Gewalt

Staatszerfall und die Privatisierung
von Gewalt und Krieg

Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2003

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

ISBN 978-3-8100-3747-3 ISBN 978-3-663-11087-3 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-663-11087-3

© 2003 Springer Fachmedien Wiesbaden

Ursprünglich erschienen bei Leske + Budrich, Opladen 2003

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Frank Hermenau, Kassel

Inhalt

Vorwort	7
----------------------	---

Einleitung

Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und Privatisierung von Gewalt und Krieg	9
--	---

Sicherheit im Wandel

<i>Trutz von Trotha</i> Die präventive Sicherheitsordnung	51
--	----

<i>Werner Ruf</i> Private Militärische Unternehmen	76
---	----

Ökonomien des Krieges

<i>Peter Lock</i> Kriegsökonomien und Schattenglobalisierung	93
---	----

<i>Klaus Schlichte</i> Profiteure und Verlierer von Bürgerkriegen: Die soziale Ökonomie der Gewalt	124
--	-----

<i>Philippe Le Billon</i> Natürliche Ressourcen und die politische Ökonomie des Krieges	144
--	-----

<i>Wolf-Christian Paes</i> Die neue Ökonomie des Krieges	165
---	-----

Rente – Ordnungspolitik – Staatszerfall

Ernesto Kiza

Polit-ökonomische Wege zur Analyse von Staatszerfall:

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien – ein Beispiel 185

Erich Weede

Verteilungskoalitionen, Rent-Seeking und ordnungspolitischer Verfall ... 217

Dario Azzellini

Kolumbien – 100 Jahre Krieg gegen die Bevölkerung 235

Auswege?

Georg Elwert

Ansätze für die deutsche Afrika-Politik 267

Thomas Gebauer

Zwischen Befriedung und Eskalation. Zur Rolle von Hilfsorganisationen
in Bürgerkriegsgebieten 281

William Reno

Gier gegen Groll: Nigeria 291

Peter Strutynski

Zum Verhältnis von Friedenswissenschaft und Friedensbewegung 299

Anhang

Dokumentation zu Privaten Militärischen Unternehmen 317

Bibliografie 346

Zu den Autoren 387

Dario Azzellini

Kolumbien – 100 Jahre Krieg gegen die Bevölkerung¹

In Kolumbien herrscht seit über einhundert Jahren Krieg. Dafür steht auch die Geschichte der Militärs unter den Buendía in dem Roman *Hundert Jahre Einsamkeit* von Gabriel García Márquez: Ein Krieg gegen die Bevölkerung, ein Krieg der Reichen gegen die Armen. Dieser gnadenlose Kampf der kolumbianischen Oligarchie gegen die Bevölkerung hat das Land in den Zustand eines Dauerkrieges geworfen, keine Generation hat jemals Frieden erlebt.

In keinem anderen Land Lateinamerikas fallen mehr Menschen der Repression zum Opfer, nirgendwo werden mehr Massaker an der Zivilbevölkerung verübt und kein Konflikt hat so viele Flüchtlinge produziert. Zugleich sind die Spielräume für eine legale Opposition verschwindend gering. In den Bergen bei der Guerilla sind die Überlebenschancen oft höher als in einem aktiven Stadteilkomitee.

Kolumbien gehört zu den Ländern mit den weltweit schwersten Menschenrechtsverletzungen. Über zwei Millionen Binnenflüchtlinge zeugen von dem Ausmaß an Terror und Gewalt, das die Armee und die mit ihr zusammenarbeitenden Paramilitärs in diesem Land mit seinen ca. 36 Millionen Einwohnern verbreiten. Dem Terror fallen jährlich mehr Menschen zum Opfer als während der gesamten chilenischen Militärdiktatur. Nur der geringste Teil davon ist Folge direkter Kriegshandlungen zwischen Guerilla und Militärs oder Paramilitärs. Allein zwischen 1988 und 1995 sind in Kolumbien 6.177 Menschen aus politischen und weitere 10.556 aus wahrscheinlich politischen Gründen ermordet worden. 2.459 Personen wurden Opfer ‚sozialer Säuberungen‘, wie sie Polizei und Paramilitärs durchführen, 1.451 Personen verschwanden.

1 Überarbeitete und erweiterte Fassung eines im *medico-Report 24: Ungeheuer ist nur das Normale. Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege*, Frankfurt a.M. 2002, unter dem Titel „Konfliktverschärfung durch Drogenökonomie“ erschienen Beitrags. Wir danken Anne Jung von *medico* und dem Autor für die Erlaubnis des Abdrucks und Kersten Horn für die Übersetzung. (Anm. des Hg.)

In der Öffentlichkeit wird Kolumbien nahezu ausschließlich mit Kokain, Drogenhandel und daraus resultierender undurchsichtiger Gewalt in Verbindung gebracht. Tatsächlich hat der Anbau und Handel mit Koka bzw. Kokain und in geringerem Maße auch mit Opium und Heroin „praktisch keines der sozialen, politischen und ökonomischen Probleme, mit denen Kolumbien konfrontiert ist, geschaffen: Er hat sich darauf beschränkt, sie alle zu potenzieren und zu komplizieren.“ (Caballero 2000: 130)

Dem Konflikt in Kolumbien liegen drei wesentliche Faktoren zu Grunde: Zum einen die geostrategische Lage des Landes (Azzellini 1999a). Kolumbien ist der einzige südamerikanische Staat mit einem Zugang zum Atlantik und Pazifik und bildet gleichzeitig die Brücke zum nordamerikanischen Kontinent. Zudem hat es fünf Außengrenzen und gilt deshalb als Handelsknoten. Daher bestehen sowohl Pläne für einen Weiterbau der Panamericana als auch für eine interozeanische Verbindung, die dem völlig ausgelasteten Panamakanal die Funktion als bedeutendste interozeanische Handelsroute streitig machen soll. Vorgesehen ist der Ausbau der heutigen Urwaldregion südlich von Panama zu einem Großprojekt mit Verkehrswegen, Energiegewinnung, Freihandelszonen, Aneignung der Biodiversität und der Rohstoffe usw. Auch im Hinblick auf die geplante gesamtamerikanische Freihandelszone FTTA/ALCA ist die Verfügungsgewalt über das kolumbianische Territorium von großer Bedeutung.

Zudem ist Kolumbien ein reiches Land – und das ist der zweite bedeutende Faktor –, nicht die Armut, sondern der Reichtum ist das Problem, so wie es Edoardo Galeano in seinem Buch *Die offenen Adern Lateinamerikas* für den ganzen Subkontinent formulierte. Kolumbien ist weltweit größter Exporteur von Qualitätskaffee und Smaragden, zweitwichtigster Schnittblumen- und Bananenexporteur, drittgrößter lateinamerikanischer Erdölproduzent; darüber hinaus verfügt es über große Kohlevorkommen, Gold und andere Rohstoffe und die zweithöchste Biodiversität der amerikanischen Kontinente. Von den riesigen Gewinnen sieht die Bevölkerung jedoch kaum etwas, der größte Teil geht an eine winzige Minderheit in Kolumbien und an transnationale Konzerne. Heute leben 55 Prozent der Bevölkerung in Armut, 20 Prozent im absoluten Elend.

Der dritte grundlegende Faktor im kolumbianischen Konflikt ist in der Geschichte zu suchen, die das Land dazu führte, dass es ein sehr hohes Gewaltniveau und mit über 70 Toten pro 10.000 Einwohnern weltweit die höchste Mordrate hat.

Die kolumbianische Oberschicht reagiert auf die sozialen Widersprüche seit über 180 Jahren konsequent mit Repression, die oft die Ausmaße blanken Terrors hat, und drängt jeden Ausdruck von Dissidenz in die Illegalität. Seit

100 Jahren herrscht praktisch durchgehend Krieg. So haben auch die heutigen Guerillas ihren Ursprung in jenen liberalen Guerillas und bäuerlichen Selbstverteidigungsgruppen, die sich nach dem Krieg zwischen Liberalen und Konservativen angesichts der Repression unter der ersten Regierung der Konservativen Partei (1946–1953) nicht auflösten. Die Ermordung des progressiven und bei unteren Schichten sehr populären liberalen Politikers Jorge Eliécer Gaitán (der unter anderem eine umfassende Landreform forderte) im April 1948 führte zu einem als „Bogotazo“ bekanntem Volksaufstand und einer Periode der Gewalt, allgemein „Violencia“ genannt, die an die 300.000 Tote forderte. Nach einer strengen Militärdiktatur (1953–1957) teilten sich Liberale und Konservative 16 Jahre lang die Macht, was zu einem bis heute bestehenden hermetischen Zweiparteiensystem führte, das alle anderen Kräfte ausschließt und die formal älteste Demokratie des Kontinents zur bloßen Makulatur macht.

Angesichts dieser historischen Wurzeln erklärt sich, warum die kolumbianische Linke und die Guerillabewegungen nicht durch den Zusammenbruch des Realsozialismus in eine Krise gerieten.

Wegen dieser Vorgeschichte haben auch die von Kolumbiens Präsident Andrés Pastrana öffentlichkeitswirksam gestalteten „Gespräche“ mit den zwei größten Guerilla-Organisationen des Landes auch keinerlei Ergebnisse gezeigt. Weder die mit der 1964 entstandenen, eher traditionell marxistisch ausgerichteten FARC (Revolutionäre bewaffnete Streitkräfte Kolumbiens), die mit schätzungsweise 20.000 Personen unter Waffen die größte Guerilla des Landes ist, noch die Gespräche mit der 1965 gegründeten zweitgrößten Guerilla ELN (Nationale Befreiungsarmee), die zwischen 10.000 und 12.000 Leute unter Waffen haben soll und guevaristische wie auch befreiungstheologische Wurzeln hat. Ganz zu schweigen von mindestens weiteren vier kleineren Gruppierungen, mit denen die Regierung keinerlei Kontakte unterhält. Schauen wir uns verschiedene Elemente des kolumbianischen Konflikts an.

Drogenökonomie

Das Drogengeschäft gehört neben dem Waffen- und dem Ölgeschäft zu den bedeutendsten Weltwirtschaftszweigen. In Kolumbien ist der Drogenhandel der dynamischste Wachstumsfaktor. Die Großbanken profitieren von der Geldwäsche der Narco-Dollars, das Großkapital verdient am Handel der Vorprodukte für die Kokainherstellung und am Transport. Es verwundert daher nicht, wenn Politiker, Polizei und Militärs tief in dieses Business verstrickt

sind. Nicht umsonst führte ein Prozess wegen der Annahme illegaler Drogengelder gegen die gesamte vorhergehende Regierung unter Ernesto Samper und viele Kongressabgeordnete zu der Verurteilung zahlreicher hochrangiger Politiker (außer Samper selbst, der sich vom Parlament die Immunität zusichern ließ). Auch der paramilitärische Apparat unter der Führung von Carlos Castaño kann nur dank der Einnahmen aus dem Koka-Geschäft finanziert werden.

Die enorme Einträglichkeit des Drogenbusiness ist vorwiegend in der Drogenverbotspolitik begründet, durch die der Risikogewinnanteil im illegalen Drogengeschäft auf 95 bis 99 Prozent steigt. In der Tat ist Kokain eines der wenigen landwirtschaftlichen Exportprodukte, das vom Anbau über die Verarbeitung bis zum internationalen Vertrieb nicht von transnationalen Konzernen aus den Industrieländern kontrolliert wird. „Es ist der einzige lateinamerikanische Multi“, wie der ehemalige peruanische Präsident Alan Garcia einst sagte (*The Economist* 1988, 22). Doch verbleiben vom Gewinn gerade einmal zehn bis fünfzehn Prozent in den Erzeugerländern, während die restlichen Einnahmen in den Industrieländern abgeschöpft werden (Azzellini 1999b).

Eine genaue Aussage, wie viel Drogengelder tatsächlich in die kolumbianische Ökonomie einfließen, ist aus offensichtlichen Gründen zwar kaum zu treffen, doch dass allein im Laufe des Jahres 1993 Bankkonten und Anlagen von Drogenunternehmern aus Medellín mit einem Gesamtwert von 1,4 Milliarden Dollar eingefroren wurden (Menzel 1997: 135), gibt eine Vorstellung über das Ausmaß. Verschiedene Schätzungen schwanken zwischen 1,5 und 7 Milliarden Dollar Deviseneinnahmen jährlich (Lessmann 1996: 203), was angesichts des Volumens der Gesamtökonomie einen wesentlich kleineren Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausmacht (zwischen 3 und 14 Prozent) als etwa in Bolivien oder Peru. Die meisten Schätzungen gehen von etwa 6 Prozent des BIP und einem ebenso hohen Arbeitsplatzanteil aus (Krauthausen 1991b: 114).

Trotz der Ungenauigkeit solcher Zahlen lässt sich zumindest eindeutig feststellen, dass Drogen nicht das wichtigste kolumbianische Exportprodukt darstellen. Dennoch wurden über die Jahre hinweg zweistellige Milliardensummen akkumuliert und größtenteils in Ländereien, Immobilien, Luxuskonsumgütern und Dienstleistungen investiert. Das Vermögen der Drogenbourgeoisie soll bereits Anfang der 90er Jahre mehr als 30 Prozent des gesamten kolumbianischen Reichtums inner- und außerhalb der Landesgrenzen ausgemacht haben (Krauthausen 1991b: 113).

Der gesamte Drogenhandel agiert kaum noch als streng hierarchisch geordnetes Großkartell, dessen Machtzentren auszuschalten wären, sondern

erweist sich zunehmend als komplexe und dezentrale Unternehmensstruktur. Selbst der frühere kolumbianische Generalstaatsanwalt Gustavo Greiff hatte wiederholt darauf hingewiesen, dass es schon aus Sicherheitsgründen kein hierarchisch funktionierendes Kartell mit alles kontrollierenden Bossen an der Spitze gibt. Die illegalen Strukturen der Drogenhändler entsprechen eher den Organisationsmustern postfordistischer, transnationaler Konzerne. Sie agieren auf der Basis von just in time, outsourcing und Subunternehmertum.

So arbeitete auch das „Cali-Kartell“ als modernes dezentralisiertes Unternehmen transnational, war mit modernsten Geräten und Techniken ausgestattet, unternahm Marktanalysen, entwickelte neue Verkaufsstrategien und neue Produkte sowie Produktionsabläufe (Azzellini 1999b).

Auf dem Drogenmarkt existieren ebenso wie auf Märkten legaler Produkte Käufer und Verkäufer, Groß- und Kleinhändler, Makler, Importeure und Verteiler, Preise, Bilanzen und Profite und – was selten vorkommt – Verluste. So wie andere Geschäfte ist auch der Drogenhandel primär auf Profitmaximierung ausgerichtet. Das Geschäft teilt sich in Wettbewerbssektoren (Kokabauern, kleinere Aufkäufer der Kokapaste, Groß- und Kleinhändler des Endprodukts) und einen oligopolistischen Sektor, der sich im Wesentlichen in den Händen einer begrenzten Anzahl von kolumbianischen Exporteuren befindet. Die Strukturen des oligopolistischen Sektors stellen den Motor des gesamten Geschäfts dar, wobei die Personen, die diese Strukturen ausfüllen – wie in der legalen Wirtschaft – frei austauschbar sind.

Daher führt ihre Verhaftung auch nicht zum Verschwinden des Drogengeschäfts. So berichtete ein FBI-Agent über den Kokainhandel Medellíns, die Managementhierarchie sei meist fließend, Positionen wie Organisationszugehörigkeit wechselten und auch eigenständige Nebengeschäfte kämen vor.

Teilweise schließen sich mehrere Drogenunternehmen zusammen, um gemeinsame Großinvestitionen – wie beispielsweise in Großlabors mit Kosten von 20 Mio. Dollar – vorzunehmen. Die Vertriebsstrukturen der Oligopole werden auch unabhängigen Produzenten gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt. An der Spitze des zellenartig organisierten Konglomerats des Cali-Kartells steht ein „Rat der Unternehmer“, der sich um legale Investitionen des Clans kümmert, Geldwäsche sowie die Einrichtung der Laboratorien und den Vertrieb der Drogen koordiniert.

Das Fehlen juristischer Sicherheiten im Geschäftsverkehr und die hohen Gewinnspannen, die beide aus dem illegalen Status des Produktes resultieren, unterscheidet Kokain (und weitere Drogen) von anderen Produkten. Gewalt erscheint daher aus unternehmerischer Sicht als ein notwendiges Mittel zur Regulierung des Handels. In Medellín hatte sich als Folge der Aufträge der Drogenhändler mit der Zeit eine regelrechte Todesindustrie mit geradezu

lehrbuchhaften postfordistischen Organisationsmustern herausgebildet. Nach Regierungsschätzungen sind etwa 10.000 Personen in diesem Bereich tätig, ein Viertel davon als Vermittler. Anfang der 90er Jahre operierten in Medellín 300 Jugendbanden und mindestens 5.000 Sicarios – wie die Killer in Kolumbien genannt werden. Ihre Instruktionen erhalten sie von spezialisierten Vermittlungsagenturen, die den Kunden höchstmögliche Anonymität bieten, ihnen die direkte Kontaktaufnahme mit den Sicarios ersparen und sich nicht für die Motive interessieren. Die Jugendlichen, die die Morde letztendlich durchführen, sind dabei das letzte Glied in der „Outsourcing-Kette“ und bekommen – ebenso wie die Produzenten in der legalen Wirtschaft – nur ein Trinkgeld im Vergleich zum Auftragsvolumen.

Nach der Zerschlagung des „Medellín-Kartells“ im Dezember 1993 und des „Cali-Kartells“ 1995 fächerte sich die Struktur des Drogen-Business in Kolumbien weiter auf. Nach Angaben des *Observatoire Geopolitique de Drogues* (OGD) in Paris entspricht die heutige Struktur des Drogen-Business in Kolumbien einem dichten Netz von 2.000 bis 3.000 kleinen und 40 mittleren Organisationen, die insgesamt über mindestens 700 geheime Landebahnen verfügen sollen. Die kolumbianischen Narcos haben einen Großteil ihrer illegalen Gelder in legalen Unternehmen reingewaschen und treten heute diskreter als früher in Erscheinung. Zur Sicherung der eigenen Straffreiheit sind umfassende Maßnahmen notwendig. Gewalt ist dabei nicht einmal das am meisten favorisierte Mittel, da sie Aufmerksamkeit erregt. Dementsprechend scheiterten auch die Kokainunternehmer des „Medellín-Kartells“, die die Gewalt als Mittel überstrapazierten und ihre strukturellen Grenzen zu spät erkannten. Die meisten Strukturen bauen ihre Führung auf Verwandtschaftsverhältnissen oder langjährigen Freundschaften auf, um sich eine entsprechende Vertrauensbasis zu sichern. Zu den weiteren Maßnahmen zum Schutz vor Strafverfolgung gehören auch die Sicherung von Loyalität in der Bevölkerung durch soziale Maßnahmen, die Bestechung von Behörden, Justiz und Repressionsorganen sowie die Infiltration der verschiedenen Machtebenen.

Plan Colombia

Mit dem 2000 beschlossenen Plan Colombia gab die kolumbianische Regierung vor, das Drogenproblem lösen und zugleich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ankurbeln zu wollen. Präsident Pastrana lancierte für den Plan Colombia mit einem Gesamtumfang von 7,558 Milliarden US-

Dollar (vier Milliarden davon aus dem kolumbianischen Staatshaushalt) eine weltweite Werbekampagne. Dabei schien es kaum jemanden zu stören, dass der strategisch ungenaue Plan in mindestens drei Versionen existiert, die jeweils an der Politik der Geberländer ausgerichtet sind. So legte Pastrana seinem Kollegen Bill Clinton einen Plan Colombia vor, der hauptsächlich auf die militärische Karte setzt und die Guerilla als zu bekämpfende Profiteure des Drogenhandels bezeichnet, während den meisten EU-Ländern eine Fassung des Plans vorliegt, in dem der Schwerpunkt auf alternative sozioökonomische Projekte gelegt wird. „Es ist unser großes nationales Interesse, den Kokain- und Heroin-Fluss in Richtung unserer Grenzen zu stoppen und in Kolumbien und der Region den Frieden, die Demokratie und das Wirtschaftswachstum zu fördern“, erklärte Bill Clinton, als er eine US-Unterstützung von über 1,5 Mrd. Dollar bekannt gab. Von den 1,574 Mrd. Dollar der USA sind allerdings nur 145 Millionen für alternative sozioökonomische Projekte – wie die Umstellung von Drogenanbau auf andere landwirtschaftliche Produkte – und nur 93 Millionen für die „Verbesserung der Menschenrechtssituation und der Justiz sowie die Stärkung der demokratischen Institutionen“ vorgesehen (Azzellini 2000a). Als effektives Mittel gegen das Koka-Business ist der Plan Colombia also denkbar ungeeignet. Eine erfolgreiche militärische Zerschlagung des Drogengeschäfts ist ohnehin schlicht unmöglich.

So wurde propagandistisch ein Zusammenhang zwischen Guerilla und Drogenbusiness geschaffen und die vermeintliche Narcoguerrilla – und durch die Giftbesprühungen aus der Luft vor allem die Bevölkerung als potenzielle Basis – wurde zum Angriffsziel. Eine zentrale Rolle spielt die Drogenökonomie tatsächlich nur bei den Paramilitärs. Bei den beiden großen Guerillas besteht ein unterschiedlicher Umgang mit dem Drogenanbau und -handel. Die ELN bezieht aus sozialen und ökologischen Gründen eine sehr strikte Haltung, versucht Bauern bei der Umstellung von Koka-Anbau auf andere landwirtschaftliche Produkte zu unterstützen und toleriert in ihren Gebieten nach Möglichkeit keinen Drogenanbau oder -handel. Sie bezieht keinerlei Gelder aus dem Drogengeschäft und zwingt – wenn es keine Alternative zum Anbau von Drogen Grundstoffen gibt – die Händler zu Zahlungen an die Dorfgemeinschaften. Die FARC hingegen besteuert in den Gebieten unter ihrer Kontrolle die Geschäfte der Händler, schützt die Kleinbauern vor den Narcos und garantiert ihnen Verkaufspreise. Sie soll aber auch Bauern zum Koka-Anbau animiert haben und aus diesen Einnahmen ein schnelleres Wachstum finanziert haben (Zelik 2001). Das Koka-Business bleibt aber dennoch eine von vielen Einnahmequellen.

Die politische Intention hinter der These der „Narcoguerrilla“ ist offensichtlich. Denn weder die von der *Washington Post* öffentlich gemachte Zu-

sammenarbeit von CIA-Agent und Geheimdienstoberst Ivan Ramírez mit der Drogenhändlerfamilie Castaño noch der Schmuggel von über 400 Kilo Kokain und Heroin durch die kolumbianische Luftwaffe (der Drogenfund auf einem Luftwaffenstützpunkt in Florida in einem Flugzeug der kolumbianischen Luftwaffe führte zum Rücktritt des Luftwaffenoberst Sandoval), noch die gemeinsame Planung des Massakers von Riofrio/Valle del Cauca 1990 durch Armeeeoffiziere und das Cali-Kartell noch die Narco-Verbindungen der Regierung Samper haben die USA jemals dazu bewegt, von einer Narco-Regierung oder gar einer Narco-Oligarchie zu sprechen.

So zielt der Plan Colombia auf die massive Aufrüstung der Armee, obwohl die Drogenbekämpfung eigentlich Polizei-Aufgabe wäre. Kolumbien musste nicht einmal eine Pro-Forma-Erklärung unterschreiben, dass die mit Nachtsichtgeräten und hoch entwickelten Waffen ausgestatteten 30 Blackhawk- und 33 Bell-Hubschrauber, Bestandteil der Unterstützung aus den USA, ausschließlich zur Bekämpfung des Drogenhandels eingesetzt werden.

Dieser Schritt wurde Mexiko noch vor wenigen Jahren abverlangt, als es wesentlich schlechter ausgerüstete Huey-Helikopter von den USA bekam (Mexiko hielt sich aber nie daran). Und so kommen die Hubschrauber auch bereits in der „Aufstandsbekämpfung“ zum Einsatz.

Die konservative Rand Corporation² macht in einer Studie für die US-Airforce keinen Hehl daraus, wo die Prioritäten liegen, und empfiehlt:

„The United States ought to rethink whether this distinctions between counter-narcotics and counter-insurgency can be sustained and wether Colombia and its allies can be successful in the war against drugs if the Colombian government fails to regain control of its territory.“ (Rand 2001: xviii)

Derweil sind die Besprühungen vermeintlicher Koka-Felder aus der Luft und nachweislich auch anderer Gebiete in vollem Gange. Wie in Vietnam wird der Einsatz von Herbiziden und Pestiziden zum Bestandteil einer Kriegspolitik der verbrannten Erde. Das vom Chemiekonzern Monsanto unter dem Markennamen Round-up vertriebene Herbizid Glyphosat führt nachweislich zu schweren gesundheitlichen Schädigungen bei der betroffenen Bevölkerung, zur umfassenden Vernichtung jeglichen Anbaus und zur Verseuchung von Quellen und Gewässern. Als Ende Juli 2001 ein Zivilgericht dem Antrag verschiedener indianischer Gemeinden auf ein Verbot der Besprühungen der Koka-Anbauflächen mit Glyphosat aus der Luft stattgab und eine fünfzehntägige Aussetzung der Besprühungen verordnete, war dies für die US-amerikanische Botschafterin in Kolumbien, Ann Patterson, Grund genug, der ko-

2 Von den Douglas-Flugzeugwerken 1948 gegründete US-Stiftung zur Förderung von „welfare and security“.

lumbianischen Regierung sofortige und verheerende Folgen für die Unterstützung des Plan Colombia durch die USA anzudrohen. Wenige Tage später gab das Gericht wieder grünes Licht für die zerstörerischen Besprühungen: Es seien nicht die Besprühungen, die Natur zerstörten, sondern der illegale Anbau und die weitere Verarbeitung der Koka-Blätter, so die Begründung. Der kolumbianische Justizminister Rómulo González befand sogar, Haushaltsputzmittel seien gesundheitsschädlicher als Glyphosat (Azzellini 2001b).

Auch einige Gouverneure verschiedener Departements im Süden des Landes fordern seit einigen Jahren vergeblich die Einstellung der Besprühungen.

Nach den Anschlägen auf die Twin Towers in New York am 11. September 2001 wurde die Militärhilfe für Kolumbien im Rahmen von „Sonderfinanzierungen für den Antiterrorkampf“ zusätzlich aufgestockt. Weitere 35 Millionen Dollar wurden an die kolumbianischen Streitkräfte und die Polizei überwiesen, um die Armee-Einheiten gegen Entführungen (GAULA), die selbst zutiefst in Entführungen verwickelt sind, militärisch besser auszubilden und Polizeinfrastruktur in abgelegenen Regionen aufzubauen. Gleichzeitig wurde die bis dato geltende Beschränkung der Nutzung von US-Kriegsgerät auf den Antidrogenkampf aufgehoben. Nun können alle Waffen und Militärgeräte, auch in der Vergangenheit gelieferte, gegen „illegale bewaffnete Gruppen“ eingesetzt werden (Colombia Project 2002a).

Für das Jahr 2003 planen die USA im Rahmen der „Regionalen Andeninitiative“ (von der auch Peru, Bolivien, Ecuador, Brasilien, Venezuela und Panama in geringem Maße profitieren) eine Förderung für Kolumbiens Militär und Polizei in Höhe von 439 Millionen Dollar (von denen etwa 75 Prozent militärischer Art sind), hinzu kommen weitere 120 Millionen Dollar im Rahmen der „Antidrogenunterstützung“ (Colombia Project 2002b). Dazu gehören auch 88 Millionen Dollar für den militärischen Schutz der Pipeline Caño Limón – Coveñas, auf die die FARC und ELN im Jahr 2001 166 Anschläge verübten. Für 71 Millionen Dollar sollen zusätzliche Kampfhubschrauber für die XIII. Brigade der kolumbianischen Armee in der Region gekauft werden, während der Rest des Geldes in den Bau von Bunkeranlagen und die weitere Ausbildung der Kolumbianer durch US-Army-Angehörige fließt. Im Zusammenhang damit hat die US-Regierung so offen wie nie zuvor erklärt, es ginge in Kolumbien um die Wahrung der ökonomischen Interessen der USA – die gesamte Ölpipeline befindet sich im Besitz der US-amerikanischen Occidental Petroleum (Oxy).

Für das Jahr 2004 hat US-Präsident George Bush Anfang Februar 2003 dem US-Kongress einen Vorschlag im Umfang von 574,6 Millionen Dollar für Kolumbien im Rahmen der Regionalen Andeninitiative vorgelegt. Weitere Gelder kommen aus dem Topf zur Drogenbekämpfung (Maseri: 2003b).

Nach Angaben des US-amerikanischen State Departments sei das Hauptziel die „Besprühung der 200.000 Hektar Koka- und 10.000 Hektar Mohnanbaufläche“, die es noch in Kolumbien gäbe (Maseri 2003a). Da selbst die US-Regierung zu Beginn des Plan Colombia noch von 110.000 Hektar Kokainanbaufläche sprach, wird deutlich, worauf Kritiker schon lange hinweisen: Die Besprühungen führen nachweislich nicht zu einer Verringerung des Anbaus von Drogengrundstoffen.

Paramilitarismus als Ordnungsfaktor

In den frühen Morgenstunden des 17. Januars 2001 kamen etwa 100 schwer bewaffnete Paramilitärs in das Dorf Chengue in der Region Sucre und trieben die Bewohner des Dorfes zusammen. Sie beschuldigten sie der Unterstützung der Guerilla und begannen sie buchstäblich abzuschlachten. Mit Macheten zerhackten sie 25 Einwohner des Dorfes und entführten weitere zehn, darunter sechs Kinder. Die Entführten wurden außerhalb des Dorfes gefoltert und anschließend trennten ihnen die Paramilitärs mit Macheten die Gliedmaßen ab. Doch dies waren nicht die einzigen Opfer des rechten Terrors in Kolumbien an diesem Tag. Allein im Januar 2001 ermordeten Paramilitärs nach UN-Angaben 170 Personen in 26 Massakern.

Seit ihrer Entstehung vor knapp 20 Jahren ist das primäre Ziel der Paramilitärs die physische Vernichtung der sozialen Bewegungen und jeder Art von Opposition. So verlor das unter Beteiligung der Kommunistischen Partei ins Leben gerufene sozialistische Wahlbündnis Unión Patriótica zwischen 1985 und 1998 knapp 4.000 Aktivisten, darunter zwei Präsidentschaftskandidaten.

Direkten Gefechten mit der Guerilla gehen die Paramilitärs aus dem Weg, ihre Angriffe beschränken sich vorwiegend auf unbewaffnete Zivilisten. Zu ihren Opfern gehören Bauern, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten, linke Parteien und Organisationen, letztendlich alle Ansätze von Selbstorganisation, und unter dem schrecklichen Begriff von „sozialen Säuberungen“ auch Jugendliche, Obdachlose, Bettler, Straßenkinder, Homosexuelle, Sex-Arbeiterinnen, Straßenkünstler ...

Die Paramilitärs sind landesweit als AUC (Vereinte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens) organisiert und umfassen mittlerweile über 12.000 Bewaffnete (nach eigenen Angaben 18.000). Finanzieren lässt sich diese illegale Armee, deren Kämpfer den – für kolumbianische Verhältnisse – traumhaften Monatslohn von 500 Dollar kassieren (HRW 2002) nur durch die

Drogengeschäfte der Paramilitärs, die mittlerweile 70 Prozent der Drogenexporte kontrollieren sollen.

Die Paramilitärs sind sozusagen der Joker bei der Durchsetzung der Interessen von Oligarchie, Militär, Regierung, Drogenhandel und transnationalen Konzernen. Sie würden ohne ihre Deckung nicht existieren, überschneiden sich aber sowohl personell als auch bezüglich der Interessen. Dies lässt sich z. B. am ehemaligen Generalkommandeur der kolumbianischen Armee Harold Bedoya Pizarro verdeutlichen. Bedoya gilt als Gründer der „Antikommunistischen Amerikanischen Allianz“ (AAA), einer der frühen kolumbianischen Todesschwadronen. Bedoya, ehemaliger Militärattaché der kolumbianischen Botschaft in den USA, Absolvent der US-amerikanischen Militärschule „School of Americas“ in Fort Benning (Georgia) und später auch Ausbilder dort, war während seiner gesamten Laufbahn in paramilitärischen Aktivitäten und schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt.

Die Juristenvereinigung Comisión Andina de Juristas stellte für 1992 fest, dass 50 Prozent der politischen Morde von Armee und Polizei und weitere 33,5 Prozent von paramilitärischen Gruppen verübt wurden. Mittlerweile gehen sogar die meisten Todesopfer auf die offiziell unabhängig agierenden Paramilitärs zurück. Sie verteidigen ebenso wie Polizei und Armee die Interessen der politischen Eliten.

„Während der kolumbianische Staat seine demokratische Erscheinung gewahrt hat, haben privat finanzierte, Kapitalinteressen verteidigende Paramilitärs ‚das normale Funktionieren‘ der Gesellschaft garantiert, den Zugang zu Ressourcen erleichtert und Arbeitsmärkte ‚dereguliert‘, indem sie Gewerkschaften regelrecht ausgelöscht haben.“ (Zelik 2001).

Tatsächlich verfügen die Paramilitärs über kein eigenes politisches Programm außer der Verteidigung des herrschenden Machtgefüges und der privatwirtschaftlichen Interessen. Oder wie es Paramilitärführer Carlos Castaño selbst in einem Interview mit Radio Caracol am 4. Februar ausdrückte: „Wir respektieren das Privateigentum, wir respektieren die ausländischen Investitionen, wir respektieren die nationale Ökonomie.“ Aus diesen Gründen seien die Paramilitärs laut Castaño auch keine Terroristen.

Die Paramilitärs waren stets darum bemüht, als eigenständige Konfliktpartei anerkannt zu werden. Damit sollen Regierung und Armee von dem Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen entlastet werden, der Staat soll als „neutrale Kraft“ erscheinen, die zwischen allen Konfliktparteien vermitteln muss. Das einzig mögliche Verhandlungsergebnis wäre in einem solchen Fall eine Lösung, die kaum soziale Veränderungen mit sich bringen würde.

Daher hat die Regierung nie ernsthafte Anstrengungen zu ihrer Zerschlagung unternommen. Der ehemalige oberste Kommandant der AUC, Carlos Castaño (der im Frühjahr 2001 pro forma von seinem militärischen Füh-

rungsamt zurücktrat und „politischer Chef“ der Paramilitärs wurde), erhält fast täglich Anrufe von prominenten Kolumbianern und trifft, so ehemalige Weggefährten und Geheimdienstmitarbeiter, viele Entscheidungen nur in Rücksprache mit diesen.

Ein besonders gutes Beispiel für die Verquickung paramilitärischer Gewalt mit ökonomischen Interessen verschiedener Sektoren bietet das neu aufgelegte Projekt einer interozeanischen Verbindung durch Urabá als Alternative zum Panamakanal. Hier sind Paramilitärs seit Jahren aktiv, um bereits im Vorfeld günstige Bedingungen für die Durchführung des umstrittenen Großprojektes zu schaffen. Dabei profitieren auch die Anführer der Paramilitärs ökonomisch von der Situation. So ist beispielsweise die Castaño-Familie im Landkreis Valencia, etwa 30 km von dem Ort entfernt, an dem 1997 die Bauarbeiten für das Wasserkraftwerk von Urrá begonnen haben, Eigentümer von 1,2 Millionen Hektar Land. In enger Zusammenarbeit mit den Paramilitärs profitieren auch Drogenbarone von der Vertreibung und Enteignung der Kleinbauern. Etwa 4-6 Millionen Hektar fruchtbarstes Land sollen sie in Besitz genommen haben. Sollte es tatsächlich zum Bau der geplanten interozeanischen Verbindung kommen, liegt dieses Land entlang der Route.

Die Erschließung der Gebiete für Investoren begann praktisch Anfang 1997, als Paramilitärs ein grausames Massaker in der Gemeinde Riosucio verübten, was zur Flucht von über 30.000 der insgesamt 38.000 Einwohner des Bezirks führte. Seitdem ist vor allem der nördliche und mittlere Teil der Provinz Chocó, wo es vorher keine Präsenz von Paramilitärs gab, zu einem wesentlichen Zentrum des Terrors geworden. Die Paramilitärs ermorden und massakrieren afro-kolumbianische und indianische Gemeinden. Ihr Ziel ist die „absolute Kontrolle über strategisch wichtige Gebiete und ihre Einwohner“. Ihre Vorgehensweise ist einfach; so verkünden die Paramilitärs, wenn sie in eines neues Gebiet kommen, öffentlich: „Wir sind von den AUC und werden in der Region bleiben. Wer uns anzeigt, ist ein toter Mann. Wir räumen restlos auf. Die Helfer der Guerilla haben 24 Stunden Zeit, die Region und das Departement zu verlassen.“³ So wurden von 1997 bis Ende 2002 über 40.000 der 450.000 Einwohner des Departments vertrieben und etwa 1.000 ermordet. Die kolumbianische Armee hat dieser Entwicklung nicht nur zugesehen und die Paramilitärs unterstützt, sondern die Offensiven teilweise mit großräumigen Bombardements nördlicher Gebiete des Chocó aus der Luft begleitet. General Martín Orlando Carreño, Kommandant der XVII. Brigade, erklärte, dass die Armee „um jeden Preis verhindern wird, dass die Guerilla ihren Rückeroberungsplan konsolidieren oder in das Gebiet

3 Das Beispiel bezieht sich auf Anfang April 1997 im Erdölfördergebiet bei Casanares.

eindringen wird, in dem der interozeanische Kanal geplant ist.“⁴ (*El Espectador*, 23.8.1998)

Paramilitärs erklären ganze Dörfer und Regionen pauschal zu „militärischen Angriffszielen“. So wurde die nordkolumbianische 400.000-Einwohnerstadt Barrancabermeja (in der Nähe der Region, deren Entmilitarisierung die ELN fordert) seit Mai 1998 gleich mehrmals zum Schauplatz von Massakern, bei denen Soldaten zunächst die Zufahrtswege in die Armenviertel sicherten und dann wenig später Todesschwadronen vorrückten, um die Viertel anhand von Listen zu ‚säubern‘.

Offiziell hat die US-Regierung die AUC in diesem Jahr in ihre „Terrorliste“ aufgenommen, direkte Folgen hatte dies nicht. Im Gegenteil, im Februar 2003 erklärten die USA, ein wenige Monate zuvor gestellter Auslieferungsantrag beziehe sich nur auf die Drogengeschäfte von Carlos Castaño, nicht auf Terrorismus.

Der größte Teil der Fronten der AUC hatte einen Waffenstillstand ab dem 1. Dezember 2002 ausgerufen, um in Friedensverhandlungen mit der Regierung zu treten. Erst Mitte 2002 hatte sich die AUC formal aufgelöst und angeblich ohne Beteiligung der in Drogengeschäfte und schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelten Verbände reorganisiert. Dies galt als erster Schritt, um mit sauberem Image eine Aufnahme von Gesprächen möglich zu machen.

In einem zum Waffenstillstand veröffentlichten Schreiben erklärte die AUC Ende November ihre Bereitschaft, unmittelbar Friedensgespräche mit der Regierung aufzunehmen, die von der katholischen Kirche, der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) und der UNO begleitet werden sollen. Dazu wird die Regierung jedoch aufgefordert, die Paramilitärs als politischen und militärischen Akteur in dem kolumbianischen Konflikt anzuerkennen – was bisher national und international von Guerillas, Gewerkschaften, Basis- und Menschenrechtsorganisationen strikt abgelehnt wurde. Darüber hinaus forderten die Paramilitärs auch „Passierscheine“ für ihre des Drogenhandels angeklagten Führer und verkündeten der Prozess müsse auch auf die Freilassung ihrer über 1.000 inhaftierten Mitglieder und einen Straferlass für die Aktiven hinauslaufen (AUC 2002).

Die Straffreiheit der AUC ist nicht nur aus Sicht der Paramilitärs eine Notwendigkeit, sondern auch in den Augen der kolumbianischen Oligarchie und Regierung. Niemand kann es sich leisten, dass in einem Verfahren gegen

4 In dem Gebiet wurden erst vor wenigen Jahren weitere bedeutende Erdölvorkommen entdeckt, die von der britischen Erdölfirma BP ausgebeutet werden. Diese arbeitet wiederum eng mit den Paramilitärs zusammen und trägt zu ihrer Finanzierung bei.

hochrangige Paramilitärs die Verwicklungen von Wirtschaft, Politik, Militär und Polizei in den Paramilitarismus ans Tageslicht treten.

Zugleich forderte die AUC den Staat auf, die Guerilla nicht in die von ihnen „befreiten Gebiete“ zu lassen, und behielt sich vor, bei einem Eindringen der Guerilla in Regionen mit Paramilitärpräsenz „in Notwehr zu reagieren“. Eine fragliche Äußerung, da die meisten Gebiete zwischen Guerilla und Paramilitärs umkämpft sind.

Das Angebot der AUC war durch hohe Vertreter der katholischen Kirche zustande gekommen, die traditionell als rechts gilt und eng mit der kolumbianischen Oligarchie verflochten ist. So gehören auch Präsident Uribe und mindestens drei weitere Minister seiner Regierung zum rechten Orden Opus Dei. Die Uribe-Regierung bemüht sich gerade auch um eine Verfassungsänderung, da Verhandlungen mit bewaffneten Gruppen ohne anerkannten politischen Status eigentlich gar nicht möglich sind. Daher soll die Verfassung nun nachträglich zurechtgebogen werden.

Die wichtigsten und mächtigsten Fronten der Paramilitärs sind allerdings gar nicht an den Verhandlungen beteiligt. Der Bloque Metro mit 1500 Bewaffneten in Medellín lehnte jegliche Gespräche von vornherein ab und der Bloque Élder Cárdenas, mit 1500 Bewaffneten in Antioquia und im Chocó, der den Waffenschmuggel durch und aus Panama und den Waffen- und Munitionsnachschub für alle anderen Paramilitärverbände kontrolliert, stieg bereits im Januar 2003 aus den Gesprächen wieder aus. Noch vor Aufkündigung der Gesprächsbereitschaft drangen seine Angehörigen auf panamesisches Territorium vor, überfielen eine Gemeinde der Kuna-Indianer und töteten fünf von ihnen. Doch auch der Waffenstillstand erwies sich als Farce, allein in den ersten zwei Monaten ermordeten die Paramilitärs nahezu 200 Menschen.

Den Gesprächen mit der Regierung des 2002 gewählten Präsidenten Alvaro Uribe Velez tat dies allerdings keinen Abbruch. Die direkten Gespräche mit der Regierung begannen schließlich am 22. Januar 2003. Gemäß eines durchgesickerten Geheimpapiers mit dem Titel „Chronogramm der Verhandlungen mit den Selbstverteidigungsgruppen“ finden in einer ersten Phase bis zum 11. März 2003 Sondierungsgespräche zwischen Paramilitärs, Regierungs- und Kirchenvertretern statt. Dabei soll es auch um die Sammlung der AUC-Kämpfer – nach eigenen Angaben 14.000 sowie weiteren 4.000 des Bloque Central Bolívar und 2000 des Bloque los Llanos – in bestimmten Territorien gehen. Die Paramilitärs bevorzugen hierfür das nördliche Urabá, wo sie in den vergangenen 15 Jahren den größten Teil der legal agierenden Opposition ermordeten oder vertrieben, die einst starke Bananenarbeitsgewerkschaft mit eingeschlossen.

Sollte es zu einer Einigung kommen, geschieht dies zwischen dem 11. März und dem 11. Juni, während zugleich über die Themen der Aussetzung der Haftbefehle für die Verhandlungsführer der Paramilitärs, die Rückkehr der Vertriebenen in von den Paramilitärs kontrollierte Gebiete sowie das Recht auf Selbstverteidigung im Falle eines Guerilla-Angriffs diskutiert werden soll. Zu diesem Zeitpunkt würden auch die Forderungen nach Freilassung von etwa 1.000 inhaftierten Paramilitärs und nach der Zahlung eines monatlichen Unterhalts von umgerechnet 550 Dollar pro Person diskutiert werden.

Damit hat die Regierung Uribe einen Schritt unternommen, den bisher keine kolumbianische Regierung gewagt hatte: Die offizielle Anerkennung der Paramilitärs als eigenständiger politischer Akteur. Die Offenheit von Alvaro Uribe gegenüber den Paramilitärs ist jedoch alles andere als erstaunlich, er unterhielt spätestens seit 1981 intensive Kontakte zu Drogenunternehmern und Paramilitärs (Contreras 2002). Einen der ersten Glückwünsche für seinen Wahlsieg bekam Uribe von den Paramilitärs, deren militärischer Führer Salvatore Mancuso – ein persönlicher Bekannter Uribes – in einer Erklärung darlegte, Uribe Vélez sei „ein würdiger Präsident“. Bereits im Vorfeld hatten die Paramilitärs Uribe zu „ihrem Kandidaten“ gemacht und in von Paramilitärs kontrollierten Gebieten befanden sich seine Wahlkampfbüros gleich in Paramilitärlagern.

Bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre, als Gouverneur von Antioquia, förderte Alvaro Uribe Vélez im Rahmen seiner Kampagne „Wohlstand, Fortschritt und Frieden“ mit dem Convivir-Netz die schwerbewaffneten halbprivaten, aber vom Militärgeheimdienst aufgebauten, legalen Paramilitärs „Convivir“ (zynischerweise „Zusammenleben“ genannt), die als legale Paramilitärs agierten und in seiner Amtszeit über 200.000 Menschen zur Flucht zwangen und Tausende ermordeten (Contreras 2002: 111ff). Sie machten sich dermaßen vieler Menschenrechtsverbrechen schuldig, dass sie Ende 1997 offiziell verboten wurden, woraufhin sie einfach mit den Paramilitärs von Carlos Castaño fusionierten. Noch heute rühmt sich Uribe Vélez jedoch, in „seiner Region“ für Ruhe gesorgt zu haben. Dabei handelt es sich allerdings um eine Friedhofsruhe, da die Region unter der weitgehenden Kontrolle der rechtsextremen Paramilitärs steht.

Zimperlich war Uribe in dieser Hinsicht noch nie. Als die Armee 1996 mehrerer Massaker in verschiedenen Regionen Antioquias beschuldigt wurde, stellte er diese Gebiete kurzerhand per Dekret unter die Obhut der Armee, um „die Bevölkerung zu schützen“.

Angesichts des Scheiterns des paramilitärischen Projekts – die Verbindungen zwischen Armee und AUC waren zu offensichtlich und direkt, sodass

die vermeintliche Eigenständigkeit der Paramilitärs kaum überzeugte, was dazu führte, dass die kolumbianische Regierung und Armee starker internationaler Kritik ausgesetzt waren – wird von vielen Seiten eine Reintegration der Paramilitärs in den offiziellen Repressionsapparat befürchtet.

Bereits in der Vergangenheit wurden z. B. demobilisierte ehemalige Kämpfer der maoistischen Guerilla EPL in ländliche Einheiten der politischen Polizei DAS integriert und machten Jagd auf ehemalige Mitkämpfer und vor allem Gewerkschafter und soziale Aktivisten. Die Ex-EPL-Angehörigen wurden in den vergangenen Jahren für etliche Massaker an der Zivilbevölkerung, vor allem in den Bananenanbaugebieten Urabás, verantwortlich gemacht.

Die Paramilitärs kündigten in einem Schreiben auch an:

„Während die terroristische Bedrohung der Guerilla weiter über Kolumbien liegt und der Staat diese nicht eindämmen kann, werden wir aktiv bleiben, und sei es im Rahmen legaler Verteidigungsmöglichkeiten, mit denen wir bereit sind zu kooperieren“.

Die Integration könnte über das von Uribe initiierte „Bauernsoldaten-Programm“ verlaufen. In wenigen Wochen sollen so 10.000 Bauern bewaffnet werden und ähnlich dem türkischen oder guatemaltekischen Modell zu „Dorfschützern“, also in den Gemeinden lebenden Paramilitärs, ausgebildet werden, die der Armee unterstehen. Eine andere Integrationsmöglichkeit bietet der ebenfalls bereits laufende Aufbau eines Spitzernetzes im Dienste der Regierung von einer Million Menschen, von denen die meisten wohl auch bewaffnet werden sollen. Diese Verfahrensweise hatte die Rand Corporation bereits 2001 vorgeschlagen:

„... it may be worth considering whether the policy of discouraging the organization of legal self-defense communities is wise. A network of supervised self-defense organizations on the Peruvian model could provide an alternative to the illegal groups.“ (Rand 2001: 60)

Für die USA scheint dieser Schritt notwendig, um die Militärhilfe für Kolumbien weiter erhöhen zu können, ohne sich immer stärkerer Kritik aufgrund der Zusammenarbeit von Armee und Paramilitärs ausgesetzt zu sehen.

Kolumbien gleich Afghanistan? Die Intervention hat schon begonnen

In den vergangenen Jahren haben die USA wiederholt mehr oder weniger offen mit einem direkteren Eingreifen gedroht. Bisher ist die US-Armee jedoch nicht einmarschiert. Das heißt allerdings nicht, dass die USA auf eine

Präsenz im Konflikt verzichten würden. Nach Angaben des Kommando Süd der US-Army betrug im Jahr 1999 die durchschnittliche monatliche Truppenstärke der USA in Kolumbien 209 Militärangehörige. Ihre Anzahl dürfte in den folgenden Jahren weiter angestiegen sein (Colombia Project 2000).

Die US-Militärs stehen der kolumbianischen Armee als Militärberater im „Kampf gegen Drogen“ bei. Hinzu kommen 100 Agenten des CIA und der Antidrogenbehörde DEA. Weitere 15.000 US-Soldaten verschiedener Einheiten sind 2000 auf Grenzstaaten (außer Venezuela) und Länder der Karibik verteilt worden. Seit Januar 2003 befinden sich zusätzlich weitere 70 US-amerikanische Soldaten der Eliteeinheit Green Berrets in der Region Arauca, um kolumbianische Soldaten, die die Pipeline Caño Limon – Coveñas schützen sollen, auszubilden.

Ganz offiziell stammten auch mit 9.558 Absolventen bis zum 1. Januar 2000 die mit Abstand meisten an der berüchtigten US-Militärschule School of Americas (SOA, Fort Benning, Georgia) ausgebildeten lateinamerikanischen Militärs aus Kolumbien (es folgt mit 6.609 El Salvador). In Kolumbien genossen die Hälfte der 247 nachgewiesenermaßen in schwere Menschenrechtsverbrechen involvierten Militärs ihre Ausbildung an der SOA, die sich auf Grund schwerwiegender Image-Probleme Anfang 2001 in „Institut der westlichen Hemisphäre für Sicherheitskooperation“ umbenannte (Azzellini 2001a).

Der Krieg gegen die Bevölkerung wird zunehmend privatisiert, professionalisiert und internationalisiert. Zusätzlich zu US-amerikanischem Militärausbildern sind mindestens acht private Kriegsunternehmen verschiedener Herkunft (vornehmlich aus den USA) in Kolumbien aktiv.

Die direkte Beteiligung internationaler privater Kriegsunternehmen in Kampfhandlungen blieb zunächst weitgehend unbemerkt, bis am 18. Februar 2001 die FARC in Caqueta, im Südwesten Kolumbiens, einen Hubschrauber des Typs Huey II der kolumbianischen Polizei traf, der die Besprühung von angeblichen Koka-Feldern aus der Luft begleitete. Dabei handelt es sich häufig um gemischte Operationen, an denen das Personal jeweils zur Hälfte aus kolumbianischen Militärs oder Polizisten und US-amerikanischen Militärs, DEA-Angehörigen, Söldnern oder privat angeheuerten „Experten“ besteht. Nachdem der verletzte Pilot eine Notlandung vornehmen musste, kam ein mitfliegendes „Rettungsteam“ des Unternehmens DynCorp, ein so genanntes SAR-Team (search and rescue), und evakuierte den Piloten und seine Begleiter. Die vier US-amerikanischen Retter, allesamt mit M-16 Maschinengewehren bewaffnet, lieferten sich dafür Gefechte mit der Guerilla. Der verletzte Pilot, Giancarlo Cotrino, war ebenfalls kein Kolumbianer, sondern von DynCorp für die Besprühung angeheuert worden. DynCorp ist ein US-

Unternehmen aus Reston, Virginia, das logistische Aufgaben für Militäroperationen übernimmt und traditionell eng mit der US-Armee zusammenarbeitet.

DynCorp ist an der Organisation der Besprechungen beteiligt und stellt die dafür notwendigen Fachkräfte, wie Piloten, Mechaniker und medizinisches Personal, ein. Die Piloten sind ein kleiner Teil der 355 – die Hälfte davon US-Amerikaner – der formal als Zivilisten geltenden Mitarbeiter von DynCorp in Kolumbien.

Auch das US-amerikanische Kriegsunternehmen MPRI, das von ehemaligen hochrangigen US-Militärs geführt wird und bei Pentagonsitzungen stets als Gast eingeladen wird, war zu Ausbildungszwecken in Kolumbien tätig. MPRI ist in Abstimmung mit dem Pentagon in zahlreichen Ländern weltweit aktiv und beriet auch das kroatische Militär im Jugoslawienkrieg (MPRI: 2000).

Bei ihren Aktivitäten verschwimmen einerseits die Grenzen zwischen der Ausbildung von Militärs und Paramilitärs und andererseits die Grenzen zwischen beratender Tätigkeit und direkten Eingriffen in Kampfhandlungen.

Gemäß eines vom US-Kongress verabschiedeten Gesetzes darf die Präsenz US-amerikanischen Militärpersonals in Kolumbien die Zahl von 400 Armeeingehörigen und 400 angeheuerten Privatpersonen nicht überschreiten. Doch auch wenn die USA und Unternehmen wie DynCorp diese Bestimmung umgehen, indem ein Großteil ihres in Kolumbien aktiven Personals aus anderen Ländern stammt, dürfte die zulässige Anzahl dennoch weit überschritten sein. Schließlich sollen außer Air Scan, DynCorp, MPRI und dem für die Privatwirtschaft tätigen Unternehmen Defense Systems Limited (in Kolumbien unter dem Namen Defense System Colombia aktiv) auch noch weitere vier Söldner- bzw. Kriegsunternehmen in Kolumbien aktiv sein.

In den USA herrscht auch die Befürchtung einer Ausweitung des Konflikts. Die Rand Corporation beschreibt das wie folgt:

„The widening of Colombia’s conflict would severely test the viability of the existing regional security architecture and of U.S. leadership in hemispheric security institutions. The states most threatened by the spillover of the conflict would seek U.S. assistance and leadership. Others could try to work out an accommodation with the guerillas. The United States would be confronted by the choice of leading a coalition-building effort to stabilize the regional environment, letting events take their course, or deferring to initiatives led by other parties (for instance, Brazil) and accepting a commensurate loss of regional influence.“ (Rand 2001: 91)

Neben den Sicherheitsorganen sind auch eine Reihe transnationaler Unternehmen in den schmutzigen Krieg involviert. Als erster Fall wurde die Beteiligung des Erdölkonzerns Texaco beim Aufbau paramilitärischer Gruppen in der Region um Puerto Boyacá ab 1983 bekannt. Anfang der 90er Jahre

erhoben Gewerkschaften gegen den Schweizer Multi Nestlè den Vorwurf, während der Tarifverhandlungen Paramilitärs für die Liquidierung von Gewerkschaftern eingesetzt zu haben. Der gleiche Vorwurf wird aktuell gegen Coca-Cola erhoben. Gewerkschafter berichten:

„Bei Coca-Cola z. B. kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Übergriffen gegen gewerkschaftlich organisierte Firmenarbeiter. Die Methoden reichen von Drohungen, Verschleppungen und Folter bis hin zu Mord. Bei einer Feier 1996 mit viel Alkohol verkündete Mario Mosquera, Firmenleiter von Panamco (der kolumbianische Coca-Cola-Abfüller) in Carepa lauthals, dass er mit Hilfe der Paramilitärs der Gewerkschaft ein Ende bereiten wird. Seitdem sind in Carepa mehrere Gewerkschaftsaktivisten ermordet worden und die Paramilitärs bewegen sich ungestört auf dem Werksgelände.“

Die Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal leitete bereits mehrere Verfahren, die von einer internationalen Kampagne begleitet werden, in die Wege.

Ein solches Vorgehen ist in Kolumbien von Unternehmerseite nicht unüblich. Die schwersten Vorwürfe in den vergangenen Jahren richten sich jedoch gegen Erdöl- und Goldunternehmen wie den US-Goldmulti Corona Goldfields, das US-amerikanische Erdölunternehmen Occidental und British Petroleum, die das britische Söldnerunternehmen Defence Systems Limited mit dem Schutz der Erdölanlagen und der Erhaltung des Betriebsfriedens beauftragt haben.

Auch die Paramilitärs griffen von Anfang an auf ausländische, vorwiegend israelische, Militärberater zurück. Eine zentrale Rolle kam den israelischen Söldnern um Yair Klein zu. Klein, der 1988 auch die nicaraguanische Contra in Honduras trainierte und zehn Jahre später beim Sturm auf die Hauptstadt von Sierra Leone in Westafrika als Militärberater dabei gewesen sein soll, kam 1986 auf Initiative des Bananen-Unternehmerverbandes Uniban nach Kolumbien. Der kolumbianischen Staatsanwaltschaft zufolge kontaktierte Uniban einen gewissen Ytzhak Maerot Shoshani, der als Vertreter einer israelischen Rüstungsfirma dem kolumbianischen Verteidigungsministerium Waffen verkaufte. Maerot Shoshani wiederum trat in Verbindung mit Yair Klein, der offensichtlich mit staatlicher Unterstützung nach Kolumbien einreiste – sein Grenzübertritt wurde am Flughafen nicht registriert. Klein bildete unter anderem die Paramilitärs aus, die im März 1988 mehrere Massaker auf Bananenplantagen verübten.

Im Frühjahr 1999 wurde bekannt, dass auch die französische Polizeieinheit RAID kolumbianische Spezialtruppen der GAULA in Antiguerilla-Taktiken ausbildeten. Dies auch noch ausgerechnet in den Counterinsurgency-Camps der Militärschule von Tolomaida, einer der zentralen Schaltstellen des kolumbianischen Paramilitarismus. Zudem sind die GAULA-Truppen selbst tief in den Paramilitarismus und sogar in Entführungen verwickelt.

Doch selbst diese breite Koalition von Militärs, Polizei, Privatindustrie, Kriegsunternehmen und Paramilitärs scheint die „Ruhe im Land“ nicht herstellen zu können und so tauchen FARC, ELN und die AUC auf der nach dem 11. September veröffentlichten „Terrorliste“ der US-Regierung auf (die aber bereits am 10. September beschlossen wurde). Noch Anfang 2001 schrieb die konservative Rand Corporation:

„The implications of the U.S. assistance program for Colombia are that the United States, by taking the lead in mustering international support for Plan Colombia, has increased its political stake in Colombia. If the Pastrana administration falters, either in its counter-narcotics or counter-insurgency approach, the United States would be confronted with an unpalatable choice. It could escalate its commitment, to include perhaps an operational role for U.S. forces in Colombia, or scale it down, which could involve some significant costs, including a serious loss of credibility and degradation of the U.S. ability to muster regional support for its counter-narcotics and political objectives.“ (Rand 2001: 69f.)

Dieser Fall scheint nun – im Schatten des Krieges gegen Afghanistan – eingetreten zu sein. Philip Reeker, Sprecher des US State Department, schließt zwar eine direkte US-Militärintervention in Kolumbien aus, doch zugleich betont Francis Taylor, Leiter der Abteilung Antiterrorismus der gleichen Behörde, in Kolumbien und anderen Ländern Lateinamerikas werde eine ähnliche Strategie zum Tragen kommen, wie sie von den USA in Afghanistan verfolgt wird. Bezüglich der Guerillas und der Paramilitärs „werden wir alle Mittel unserer nationalen Macht und, wenn nötig, selbst das Militär einsetzen, um ihre Aktivitäten zu stoppen.“ Fernando Tapias, Generalkommandeur der kolumbianischen Streitkräfte, betonte, Kolumbien bräuchte keine Intervention ausländischer Truppen. „Wir bieten unsere Kräfte und fordern Unterstützung in den Bereichen Ausbildung, technischer Beistand und geheimdienstliche Tätigkeiten“, so Tapias nach verschiedenen Treffen mit US-Militärs in Washington im Oktober 2001, um die Implementierung einer regionalen Strategie zur Terrorismusbekämpfung zu analysieren. Tapias zeigte sich zufrieden:

„Seit dem 11. September hat sich die Situation geändert. Sie [die US-Amerikaner] verstehen uns jetzt besser, da sie die Auswirkungen dieser Mischung aus Terrorismus und Drogen, die so schwerwiegende Folgen für die Menschheit hat und unter der wir seit Jahren leiden, selbst erleben.“ (Maseri 2001c)

Tatsächlich verdichten sich Gerüchte über eine US-Intervention. Zwei Bataillone aus Spezialeinheiten für Dschungelgebiete der US-Marines sollen ihnen zufolge ab Februar 2003 in kolumbianisches Territorium vordringen und gezielt Jagd auf hochrangige FARC-Guerilleros machen, die vor einer geplanten Armeeooffensive flüchteten. Die etwa 1.100 Marines würden aus Ecuador und Peru kommend die Guerilleros in die Zange nehmen. Die US-

Regierung plane die Intervention so lange wie möglich geheim zu halten und die Todesfälle als „Trainingsunfälle“ zu deklarieren. Sollte dies irgendwann nicht mehr möglich sein, sei die Regierung bereit, öffentlich dazu zu stehen. Das Vorhaben war bereits zuvor geplant und schließlich verschoben worden (Gorman 2002).

Gespräche zwischen Regierung und Guerilla

Die FARC verfügte von November 1998 bis Februar 2002 über eine von der Regierung für Gespräche mit der Guerilla-Organisation entmilitarisierte 42.000 km² große Zone im Süden des Landes. Ein relativ dünn besiedeltes Gebiet mit der Fläche der Schweiz und dem Namen Caguán. Hier fanden – mit einigen Unterbrechungen – Gespräche zwischen Delegationen der FARC und der Regierung über verschiedene Themen statt, die keine konkreten Ergebnisse zeigten. Auch mehrere öffentliche Versammlungen zu verschiedenen Themen mit Diskussionen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften wurden hier von der FARC veranstaltet.

Nur wenige Stunden nachdem der kolumbianische Präsident Andrés Pastrana in einer „Ansprache an die Nation“ in der Nacht vom 20. auf den 21. Februar den endgültigen Abbruch der Gespräche mit der FARC und die Annullierung der 42.000 km² großen entmilitarisierten Zone unter Kontrolle der Guerilla im Caguán angekündigt hatte, begann die kolumbianische Luftwaffe die Region zu bombardieren.

Es folgte eine Offensive der kolumbianischen Armee, in weiten Teilen des Landes in Zusammenarbeit mit den Paramilitärs, und eine Intensivierung der militärischen Aktivitäten der FARC, vor allem die zunehmende Verlagerung von Angriffen auf urbane Zentren. Diese sollen, so die FARC, dazu dienen, auch für die „Bourgeoisie in den Städten“ den Krieg spürbar zu machen. Das kolumbianische System befindet sich nach Analyse der FARC bereits in Auflösung und an einem Punkt, an dem jeder nur noch raffen würde, was er kann. Dieser Zerfallsprozess solle durch die Aktionen der FARC in den Städten beschleunigt werden.

Die Errichtung einer entmilitarisierten Zone für Verhandlungen mit der ELN wurde hingegen von der kolumbianischen Regierung bisher faktisch verweigert, die Gespräche im Verlauf des Jahres 2001 endgültig abgebrochen. Die ELN fordert, drei Landkreise im Süden Bolívars, eines ihrer traditionellen Gebiete mit einer Gesamtfläche von 4.725 Quadratkilometer, zu entmilitarisieren. Erste Vorgespräche darüber fanden im Mai 1998 im

Kloster Himmelspforten auf Vermittlung der deutschen Bischofskonferenz und der Kohl-Regierung statt. Seitdem gab es mehrfach Zusagen seitens der Regierung, das Gebiet zu entmilitarisieren, selbst Abkommen bezüglich der Verfahrensweisen wurden von der Regierung und der ELN unterschrieben, doch die Regierung Pastrana hielt sich nie an die gemachten Zusagen.

In den entmilitarisierten Gebieten sollen sowohl Gespräche zwischen der ELN und der Regierung sowie die seit 1996 von der ELN vorgeschlagene „Nationale Versammlung“ stattfinden. Diese soll zu fünf verschiedenen Themenkomplexen jeweils eine Woche lang tagen und in Arbeits- und Diskussionsforen die Möglichkeit bieten, die Vorstellungen der Guerilla zu präsentieren und mit Delegierten aller gesellschaftlichen Kräfte über gesellschaftliche Alternativen zu debattieren. Die ELN misst den Gesprächen unter den verschiedenen sozialen Kräften mehr Bedeutung zu als Verhandlungen mit der Regierung. Teilnehmen sollen über 300 Delegierte: Gewerkschafter, Vertreter der Bauernverbände – auch regierungsnaher –, der schwarzen Gemeinschaften und Indianer, aller politischer Parteien, verschiedener sozialer Bewegungen sowie der regionalen Zivilversammlungen für den Frieden, der Exilierten u. a.

Doch ist die entmilitarisierte Zone wieder in weite Ferne gerückt, nachdem die Regierung Pastrana alle vorherigen Zusagen zurückzog, obwohl ein im Dezember 2000 unterzeichnetes 88-Punkte-Abkommen bereits alle Einzelheiten der Entmilitarisierung enthielt. Das Abkommen war von der Regierung ohnehin nicht eingehalten worden. Anfang 2001 wurde unter dem Titel „Operación Bolívar“ eine große Offensive des Militärs in dem zu entmilitarisierenden Gebiet eingeleitet. Die Armee arbeitete dabei mit den Paramilitärs zusammen, die über 1.000 Bewaffnete in das Gebiet zogen und allein in der nahegelegenen Stadt Barrancabermeja in den ersten sechs Monaten über 600 Menschen ermordeten. Die Dörfer und Siedlungen in der Region wurden von der Luftwaffe bombardiert und die Herbizid-Besprühung wurde verstärkt, sogar Gebiete ohne Drogenanbau wurden besprüht. Nach Abbruch der Gespräche wurden die militärischen Aktivitäten in der Region weiter verstärkt.

Die ELN führte Ende 2002 auch mit der Regierung Uribe Sondierungsgespräche, diese wurden jedoch schließlich aufgekündigt, da Uribe laut ELN „das Land in einen Krieg mit unabsehbaren Folgen stürze“. Die Regierung beharrte auf einem einseitigen Waffenstillstand der Guerilla als Vorbedingung für Gespräche. „Das Vorgehen dieser Regierung zielt darauf, den Krieg vorzubereiten und zu finanzieren, das ganze Land darin zu verwickeln und eine ausländische Intervention zu legitimieren, die heimlich voranschreitet“, so die Erklärung der Organisation. Ebenso wurde die neoliberale

Politik der Regierung kritisiert, die das Elend vergrößere, Arbeitsrechte beschneide und den sozialen Konflikt vertiefe.

„Die ELN geht davon aus, dass diese Regierung nicht den Willen hat, das Land auf den Weg des Friedens zu bringen. Ein wirklicher Frieden muss die gesamte Nation mit einbeziehen und den sozialen und politischen Konflikt lösen, so dass sich reale Perspektiven für soziale Gerechtigkeit, Entwicklung und Wohlstand für alle Kolumbianer ergeben“,

heißt es schließlich (ELN 2002).

Für einen wirklichen Friedensprozess bleiben schwerwiegende Hürden. Dazu gehören der Paramilitarismus, die Hochrüstung des kolumbianischen Militärs, der als Drogenbekämpfung getarnte Krieg gegen die Opposition im Rahmen des Plan Colombia und die absolute Weigerung der kolumbianischen Oligarchie, tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen als Grundlage eines dauerhaften Friedens zuzustimmen. Diese sind die Grundvoraussetzung für einen dauerhaften Frieden – darin sind sich Guerilla, die allermeisten Basis- und Menschenrechtsorganisationen sowie Gewerkschaften einig. Die Erfahrung vergangener Friedensabkommen, wie etwa die in den 70er und 80er Jahren mit den Guerillas M-19, PRT und Quintín Lame und 1991 mit der Mehrheit der maoistischen EPL abgeschlossenen, lehrt, dass sich nicht nur die Situation weiter verschlechtert hat, sondern dass zudem diejenigen, die die Waffen abgegeben hatten und versuchten, legale politische Spielräume zu nutzen, in das Visier der Todeschwadronen gerieten und dafür mit dem Leben bezahlten. Daher auch die Weigerung der FARC und ELN, über eine Abgabe der Waffen zu verhandeln.

Intensivierung des Krieges

Mit Álvaro Uribe Vélez übernahm am 7. August 2002 ein extremer Rechter mit klaren Verbindungen zum Paramilitarismus und zum Drogengeschäft die Präsidentschaft in Kolumbien.

Zwar sind die Wahlergebnisse nicht sehr aussagekräftig, da sich nur knappe 50 % der wahlberechtigten Bevölkerung überhaupt an den Wahlen beteiligt haben, viele der Stimmen für Uribe Vélez in ländlichen Regionen von den Paramilitärs – die ihn als „ihren Kandidaten“ ansehen – mit der Waffe in der Hand erzwungen wurden und direkter Wahlbetrug ebenfalls weit verbreitet ist. Dennoch wird in dem Ergebnis ein erheblicher Rechtsruck der urbanen Mittelschichten sichtbar, die fernab von den zentralen Kriegsschauplätzen zunehmend zu einer Politik der harten Hand tendieren. Dazu beigetragen haben sicher auch die drastische Zunahme von Guerillaaktionen

in den Städten nach Abbruch der Gespräche mit der FARC, darunter eine Reihe schwer vermittelbarer Anschläge – wie etwa auf die Wasserversorgung Bogotas – der FARC und der Aufwind, den der internationale „Antiterrorkrieg“ der USA und der EU den kolumbianischen Hardlinern beschert hat.

Zugleich hat Uribe sechs Monate nach Amtsantritt keinerlei Erfolge vorzuweisen, weder gelangen der Armee besondere Schläge gegen die Guerilla noch ist der Drogenhandel beeinträchtigt worden. Im Gegenteil, die Guerilla scheint eher gestärkt als geschwächt zu sein und schon kurz nach Amtseinführung sah sich Uribe mit dem größten Streik seit den 70er Jahren gegen seine neoliberale Linie in der Wirtschaftspolitik und im Arbeitsrecht konfrontiert. Seine Popularität könnte also ebenso schnell wieder ins Gegenteil umschlagen. Es sei nur daran erinnert, das sein Vorgänger Andrés Pastrana mehrheitlich gewählt wurde, weil er sich für Friedensgespräche mit der FARC aussprach.

Von Beginn an setzte Uribe auf eine weitere Intensivierung des Krieges. Am 12. August 2002, nur wenige Tage nach seiner Amtsübernahme am 7. August, verhängte er den Ausnahmezustand über Kolumbien, der seitdem zweimal verlängert wurde, also durchgehend in Kraft ist. Diese Maßnahme überträgt schrittweise immer mehr der zuvor zivilen Kompetenzen auf die Armee und schafft viele formal geltenden Bürgerrechte faktisch ab. Die Armee kann nun Verdächtige auch ohne Haftbefehl bis zu 60 Stunden lang festhalten. Hausdurchsuchungen, Postkontrolle und das Abhören von Telefonen sind ohne richterliche Anordnung möglich. All dies schafft ideale Rahmenbedingungen für eine weitere Verschärfung des Konflikts und vor allem des schmutzigen Krieges, insbesondere die Verkündung von Sonderzonen unter direkter Kontrolle der Armee: 26 Bezirke im Norden des Landes und drei in Arauca (an der Grenze zu Venezuela).

Bereits vor den Wahlen angekündigt und in Kolumbien sowie international stark kritisiert, begann die Regierung mit dem Aufbau eines Spitzelnetzwerkes im gesamten Land, das eine Million Menschen in die Informationsstrukturen der Armee einbinden soll. Von dem ursprünglichen Plan, sie auch alle zu bewaffnen, hat die Regierung inzwischen wieder Abstand genommen, dennoch soll ein Teil von ihnen auch mit Kriegswaffen ausgerüstet werden. Eine nachhaltige Zerstörung des sozialen Geflechts ist damit schon absehbar. Zusätzlich setzte sich die Regierung das Ziel, die Armee um 30.000 Berufssoldaten aufzustocken, in Schnellkursen 20.000 so genannte Bauernsoldaten auszubilden, die den Dienst an der Waffe neben ihrer Landarbeit an ihrem Herkunftsort leisten sollen. Die Wehrpflicht wurde um sechs Monate verlängert und darüber hinaus sollen 10.000 Armeereservisten und 20.000 bereits pensionierte Polizisten wieder in die Verteidigungsstrukturen integriert werden.

Um die Intensivierung des Krieges zu finanzieren, wurde eine Vermögenssteuer in Höhe von 1,2 Prozent eingeführt. Parallel zu den – bisher weitgehend erfolglosen – Armeeoffensiven begann die kolumbianische Regierung eine Kampagne auf diplomatischem Parkett. Die USA gaben ihren Wünschen nach und genehmigten die Nutzung der Waffenlieferungen und Gelder des Plan Colombia, die eigentlich ausschließlich gegen das Drogengeschäft zum Einsatz kommen sollten, für den Kampf gegen die Guerilla und Paramilitärs. Von der EU, OAS, dem UN-Sicherheitsrat und anderen internationalen Institutionen fordert die kolumbianische Regierung, die kolumbianischen Guerillaorganisationen FARC und ELN international als Terroristen einstufen zu lassen. Damit verschließt Kolumbien Möglichkeiten einer Verhandlungslösung auf lange Sicht, denn Verhandlungen mit international geächteten „Terroristen“ sind schwer zu rechtfertigen.

Auch in Kolumbien wird die Situation immer polarisierter. Die Regierung Uribe beschuldigt alle, die ihre Kriegspolitik nicht unterstützen, „Handlanger der Guerilla“ zu sein. Dieser Diskurs kommt einem Freibrief für die Paramilitärs gleich, soziale Organisationen, Menschenrechtsgruppen und andere anzugreifen.

Besorgniserregend sind in diesem Zusammenhang die positiven Reaktionen auf den Wahlsieg Uribes in den USA und der EU. Álvaro Uribe Vélez war schon während der Wahlen der bevorzugte Kandidat der Bush-Administration, die sich weder an seiner Nähe zu den Paramilitärs der AUC noch an seinen Narcoaktivitäten stören. Im Gegenteil, als Beschlagnahmeaktionen der kolumbianischen Polizei zu Tage förderten, dass sich die Firma GMP, der größte kolumbianische Importeur von Kaliumpermanganat, neben Azeton und Äther der wichtigste Zusatzstoff zur Herstellung von Kokain, im Besitz von Pedro Juan Moreno Villa, Kampagnenmanager und seit Jahren enger Vertrauter von Uribe Vélez, befindet und zudem alle Unterlagen über den Weiterverkauf der Chemikalie in Kolumbien gefälscht wurden, half die US-amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde DEA den Fall zu vertuschen und GMP musste nicht einmal Bußgelder bezahlen.

Bereits Álvaro Uribes Vater, Alberto Uribe Sierra, war ein bekannter Narco-Unternehmer und der Sohnemann stieg zu Beginn der 80er Jahre als Bürgermeister von Medellín zu Hochzeiten Pablo Escobars – der damals Parteigenosse Uribes war und für die Liberale Partei sogar einen Abgeordnetenposten bekleidete – in das Geschäft ein. Anfang der 90er Jahre verteilte er als Direktor der zivilen Luftfahrtbehörde eifrig Pilotenlizenzen und Fluggenehmigungen an Mitarbeiter des Medellín-Kartells. In seiner Zeit als Senator der Republik gehörte er zum Block der den Drogenbaronen treuen Abgeordneten, die jedes Gesetz zu ihren Ungunsten verhinderten.

Die schmutzige Weste scheint im Falle Uribe Vélez ein zusätzlicher Grund für die USA – und auch Teile der EU – ihn als ihren Mann anzusehen. Die Erpressbarkeit vereinfacht die Kontrolle über ihn, so wie es auch bei Noriega in Panama, Carlos Salinas in Mexiko oder auch Alberto Fujimori in Peru der Fall war. Das traditionelle Parteienspektrum kann hingegen seine Hände in Unschuld waschen, da es sich ja bei Uribe Vélez um einen unabhängigen Kandidaten handelte, und würde somit wieder zur Verfügung stehen, wenn Uribe Vélez die „Drecksarbeit“ erledigt hat und „untragbar“ wird. Ähnlich wie es bei Fujimori der Fall war.

Literatur

- Ahumada, Consuelo (1996): *El modelo neoliberal y su impacto en la sociedad colombiana*, Bogotá.
- (2000): Una década en reversa, in: Ahumada, C./Caballero, A./Castillo Cardona, C./Guhl, E./Molano, A./Posada Carbó, E.: *Qué está pasando en Colombia? Anatomía de un país en crisis*, Bogotá.
- Alonso, Manuel Alberto (1997): *Conflicto armado y configuración regional – el caso del Magdalena Medio*, Medellín.
- Ambos, Kai (1993): *Die Drogenkontrolle und ihre Probleme in Kolumbien, Perú und Bolivien*, Freiburg i. Br.
- AUC (2002): *Declaración por la Paz de Colombia*, 20.11.2002, <http://colombialibre.org/colombialibre/editorial.asp?auto=120>
- Ambos, Kai (1994): *Drogenkrieg in den Anden – Rahmenbedingungen und Wirksamkeit der Drogenpolitik in den Anbauländern mit Alternativen*, München.
- amnesty international (1994): *Politische Gewalt in Kolumbien*, Bonn.
- Arrieta, Carlos Gustavo/Orejuela, Javier Luis/Sarmiento Palacio, Eduardo/Tokatlian, Juan Gabriel (1990): *Narcotráfico en Colombia*, Bogotá.
- Azzellini, Dario (1999a): Ökonomische Interessen und Gewalt am Beispiel des Kanalbauprojekts, in: Azzellini, Dario/Zelik, R.: *Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung*, Köln.
- (1999b): Ökonomische Interessen und Gewalt am Beispiel des Drogenhandel und aufstrebende Bourgeoisie, in: Azzellini, Dario/Zelik, R.: *Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung*, Köln.
- (2000a): Massive US-Militärhilfe, in: *SoZ*, 2.3.2000.
- (2001a): School of Assassins, in: *Jungle World*, 3.1.2001.
- (2001b): Kein Strom für Medellín, in: *Jungle World*, 22./29.8.2001.
- (2002a): Auf der Abschussliste, in: *Die Furche*, Nr. 36 / 2002
- (2002b): Paramilitärs wollen Straffreiheit aushandeln, in: *telepolis* 4.12.2002, <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/13719/1.html>
- (2002c): Militär-Intervention für den Betriebsfrieden? In: *Volksstimme*, 30.12.2002, <http://www.volksstimme.at/arch/heute/02-12-30.html>

- Balance Antinarcóticos de 1994 (1995), in: *análisis político*, No. 24, Jan./Apr. 1995, Bogotá.
- Caballero, Antonio (2000): Drogas: la guerra de la Dependencia, in: Ahumada, C./Caballero, A./Castillo Cardona, C./Guhl, E./Molano, A./Posada Carbó, E.: *Qué está pasando en Colombia? Anatomía de un país en crisis*, Bogotá.
- CAJ/Comisión Andina de Juristas – Seccional Colombiana (CAJ-SC) (1990a): *Las otras caras de la guerra a la mafia*, in: *Informativo Legislativo y jurisprudencial*, Bogotá.
- CAJ/Comisión Andina de Juristas – Seccional Colombiana (CAJ-SC) (1990b): *Sistema judicial y derechos humanos en Colombia*, Bogotá.
- CAJ/Comisión Andina de Juristas (1991): Ein Jahr nach Cartagena, in: Krauthausen, Ciro (Hrsg.), *Koka – Kokain*, München, 215-226.
- Camacho G., Alvaro (1989): Colombia: Violencia y Narcocultura, in: García-Sayan, Diego (Hg.) (1989): *Coca, Cocaína y Narcotráfico. Laberinto en los Andes*, Lima.
- CIA Directorate of Intelligence (1999): *World Coca Production 1999*, http://www.odci.gov/cia/di/products/coca_opium/coca.html, April 1999.
- Cideiber – Centro de Información y documentación empresarial sobre Iberoamérica (2001): *Colombia*, www.cideiber.com.
- Colombia Project (2000): *U.S. security assistance to the Andean region, 2000–2001*, <http://www.ciponline.org/facts/co.htm>
- Colombia Project (2002a): *Supplemental aid for 2002*, <http://www.ciponline.org/colombia/02supp.htm>
- Colombia Project (2002b): *The 2003 aid request*, <http://www.ciponline.org/colombia/03forops.htm>
- Die Erklärung von Cartagena (1991) in: Krauthausen, Ciro (Hg.), *Koka – Kokain*, München, 200-214.
- Contreras, Joseph (2002): *Biografía no autorizada de Álvaro Uribe Vélez*, Colombia.
- Dilger, Gerhard (1996): *Kolumbien*, München.
- ELN (1999a): Alternativas ante el fracaso de la política antidrogas, in: *Correo del Magdalena*, Nr.103, 1.-7. März.
- (1999b): Continua tragedia colombiana, in: *Correo del Magdalena*, in: Nr. 105, 22.-29. März.
- (2002): Preparando la guerra y alejando la Paz, in: *Correo del Magdalena*, Nr. 136, 5.-20. Dezember
- Exodo* Nr. 5 (1999): *Displaced communities of Chocó: as far as the last corpse, as far as the last exile*, <http://colnodo.apc.org/home/gad/gad03-memory.html>, Juni 1999.
- Federal Drug Control Spending (1999), in: *Marihuana Policy Project*, <http://www.mpp.org/1996ndcs.html>, Mai.
- Ferrer, Yadira (1995a): Kolumbien: Unerlaubte Koka-, Mohn- und Marihuana-Pflanzungen größer als offiziell geschätzt, in: *IPS*, 14.7.1995.
- (1995b): Smaragdhändler der Drogengeldwäsche verdächtigt – Exporteure verlieren ihre Lizenzen, in: *IPS*, 11.9.1995.
- Flórez, Sandra Bibiana (2001): Contratados por Estados Unidos – Mercenarios en Colombia: una guerra ajena, in: *El Proceso*, Nr. 1291, México.
- Ginsberg, Thomas: Latin Battleground, in: *The Philadelphia Inquirer*, 1.12.2002.
- Giraldo, Javier (1996): *Colombia – The Genocidal Democracy*, Monroe, Maine.
- Gorman, Peter (2002): Marines Ordered into Colombia, in: *The Narco News Bulletin*, 25.10.2002, <http://www.narconews.com/article.php3?ArticleID=19>

- Guáqueta, Alejandra/Thoumi, Francisco (1997): El contexto del problema de las drogas ilícitas en Estados Unidos, in: Guáqueta, A./Thoumi, F.: *El rompecabezas de las drogas ilegales en Estados Unidos*, Bogotá.
- Hénder, Javier E. (2001): Pilotos de EU prefieren fumigar en Colombia, in: *El Espectador*, 18.8.2001.
- Hernández, Milton (1998): *Rojo y Negro. Aproximación a la historia del ELN*, Kolumbien.
- Human Rights Watch/HRW (2002): *Colombia World Report 2002*, <http://www.hrw.org/wr2k2/americas4.html>
- Jaramillo, Jaime Eduardo/Mora, Leonidas; Cubides, Fernando (1989): *Colonialización, coca y guerilla*, Bogotá.
- Knabe, Ricarda (1991): *Drogen, Guerilla und Gewalt*, Münster/Hamburg.
- Klare, Michael T. (Hg.) (vermutl. 1995): *Low Intensity Warfare*, Toronto/New York.
- Kolumbien-aktuell* (1993), Nr. 142, 9.11.1993.
- Kolumbien-aktuell* (1994), Nr. 156, 5.7.1994.
- Kolumbien-Monatsbericht* (1992), November 1992.
- Kolumbien-Monatsbericht* (1997) November 1997.
- Kolumbien-Monatsbericht* (1999), März 1999.
- Kolumbien-Rundbrief*, Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien (Hg.) (1997), Dezember 1997.
- Kolumbien-Rundbrief*, Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien (Hg.) (1998), Nr. 44/45, Deutschland Dezember 1998.
- Krauthausen, Ciro/Sarmiento, Fernando (1991a): Kolumbiens Kokainunternehmer und ihr Kampf um die Straffreiheit, in: *Conquista, Kapital und Chaos. Lateinamerika, Analysen und Berichte Nr. 15*, Münster/Hamburg, 145-163.
- Krauthausen, Ciro (Hg.) (1991b): *Koka – Kokain*, München.
- Krauthausen, Ciro (1997): *Moderne Gewalten – Organisierte Kriminalität in Kolumbien und Italien*, New York/Frankfurt.
- Lee, Rensselaer W. III (1989): *The White Labyrinth: Cocaine and Political Power*, New Brunswick.
- Ledebur, Kathryn (1998): La fumigación de coca obstruye negociaciones de paz en Colombia, in: *Boletín Internacional Acción Andina*, Nr. 3, November 1998, 2-5.
- Lessmann, Robert (1996): *Drogenökonomie und internationale Politik*, Frankfurt a.M.
- Lochbihler, Barbara (2000): *Militarism a Facilitator for Globalization*, <http://www.wilpf.int.ch/~wilpf/globalization/paper1.htm> Oktober 2001.
- Maseri, Sergio Gómez (2001a): Hallan heroína en paquete de Dyncorp, in: *El Tiempo*, 9.7.2001.
- Maseri, Sergio Gómez (2001b): Denuncian irregularidades de E.U. en Plan Colombia, in: *El Tiempo*, 24.8.2001.
- (2001c): E.U. descarta intervención militar en Colombia, in: *El Tiempo*, 16.10.2001.
- (2003a): Presidente de E.U., George Bush, pide aprobar US\$ 574,6 millones para lucha de Colombia contra narcotráfico y terrorismo, in: *El Tiempo*, 3.2.2003.
- (2003b): Estados Unidos aprueba aviones contra las FARC, in: *El Tiempo*, 6.2.2003.
- Mendoza Morales, Alberto (1996): *El Canal Atrato-Truandó*, Santa Fe de Bogotá.
- Menzel, Sewall H. (1997): *Cocaine Quagmire – Implementing the U.S. Anti-Drug policy in the North Andes-Colombia*, Lanham/New York/Oxford.

- Milton, Thomas (1998): *Los nuevos mercenarios – ejércitos para alquilar*, <http://www.ainfos.ca/01/jul/ainfos00631.html> nach <http://160.149.101.23/milrev/Spanish/MarApr98/milt.html>.
- MPRI (2000): *Pentagon pays retired brass to evaluate Colombian military*, www.mpri.com.
- Navarro Jiménez, Guillermo (2001): *Plan Colombia – ABC de una tragedia*, Quito.
- Nizkor, Equipo (1999): *Los paramilitares actúan con impunidad en zonas bajo control militar*, 27.9.1999 <http://www.derechos.org/nizkor>.
- (2001a): *Colombia: EE.UU. contrata a mercenarios y paramilitares*, 31.7.2001 <http://www.derechos.org/nizkor>.
 - (2001b): *Conflicto armado y Paramilitarismo en Colombia*, 2001 <http://www.derechos.org/nizkor>.
 - (2001c): *Colombia nunca más. Puerto Boyacá*, 16.7.2001, <http://www.derechos.org/nzkor>.
- OGD (Observatoire géopolitique des drogues) (1993a), *Der Welt-Drogen-Bericht 1992*, München.
- OGD (1993b): *The Geopolitical Drug Dispatch*, Nr. 23, September 1993.
- OGD (1994): Cali in the Post-Escobar Era, in: *The Geopolitical Drug Dispatch*, Nr. 28, Februar 1994. <http://194.6.128.189/gb/28ACOCOA.html>, April 1999.
- OGD (1999): *World Drug Report 1997*, <http://194.6.128.189/gb/1997.html>, April 1999.
- Osorno, Alexander Prieto (1993): *Die Mörder von Medellín. Todeskult und Drogenhandel*, Frankfurt a.M.
- Pérez, Luis Guillermo/Reis, Bettina (1998): *Gegen das Vergessen – Zeugnisse von Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien*, Aachen.
- Periódico Institucional de la Universidad del Valle* (1997), Santiago de Cali, 7/1997.
- Posada, Alberto Reyes (1995): La erradicación de cultivos: un laberinto, in: *análisis político*, No. 24, Jan./Apr. 1995, Bogotá, S. 66-72.
- Rand Corporation (2001): *Columbian Labyrinth*, (Internet Edition www.rand.org).
- Reed, Michael (2001): Artikel-Serie, in: *El Espectador*, 22.-27.4.2001 (Erstveröffentlichung in: *The Economist*).
- Salgado, Henry (1997): La coca y su impacto socioeconómico y político en el campesinado del Putumayo colombiano, in: Herrera, Doris (Hg.): *La cuenca amazónica de cara al nuevo siglo*, Quito, 157-189.
- Stirnemann, Peter (1998): Was steckt hinter dem Drogenkrieg?, in: *Kampagne Produzieren für das Leben, Kein Frieden ohne Gerechtigkeit. Menschenrechte in Kolumbien*, Idstein, 10f.
- The Economist*, 8.10.1988.
- Thoumi, Francisco E. (1994): *Economía política y narcotráfico*, Bogotá.
- (1995): *Political economy and illegal drugs in Colombia*, Vol. II, Boulder/London.
 - (1997a): Las políticas contra las drogas en Estados Unidos y la certificación de Colombia, in: Thoumi, F./Guáqueta, A.: *El rompecabezas de las drogas ilegales en Estados Unidos*, Bogotá.
 - (1999): Las drogas ilegales y relaciones exteriores de Colombia: una visión desde el exterior, in: Camacho Guizado, A./López Restrepo, A./Thoumi, F.: *Las drogas: una guerra fallida*, Bogotá.
- Thoumi, Francisco E./Uribe, Sergio/Rocha, Ricardo/Reyes, Alejandro/Garzón, Edgar A./López, Andrés/Tokatlian, Juan G./Hernández, Manuel (1997b): *Drogas ilícitas en Colombia*, Bogotá.

- Tiempo, El (2003): Propuesta de Carlos Castaño hace parte de la agenda secreta que el Gobierno gestiona con los 'paras, in: *El Tiempo*, 9.2.2203
- Tokatlian, Juan G. (1997): Política pública internacional contra las drogas de la administración Gaviria y las relaciones entre Colombia y Estados Unidos, in: Thoumi, Francisco E. u. a.: *Drogas ilícitas en Colombia*, Bogotá, 461-536.
- Uribe, Sergio Ramírez (1997): Los cultivos ilícitos en Colombia. Extensión, técnicas y tecnologías para la producción y rendimientos. Magnitud de la industria, in: Varios (1999): *El paramilitarismo en Colombia* (Documento presentado por las Thoumi, Francisco E. u. a.: *Drogas ilícitas en Colombia*, Bogotá, 35-135. FARC-EP en los diálogos de San Vicente de Caguán).
- Vest, Jason (2001): *State Outsources Secret War*, <http://www.thenation.com>, 10.5. 2001.
- Voz (1994): *La intromisión de los dineros calientes*, Bogotá 30.6.1994.
- Wilson, Suzanne/Zambrano, Marta (1995): Cocaína, capitalismo e imperio: encadenamientos globales y políticas del narcotráfico, in: *análisis político*, No. 24, Jan./Apr. 1995, Bogotá, 5.
- Zelik, Raul (2001): Der Plan Colombia. Anti-Drogendiskurse und US-Hegemonialpolitik in der Andenregion, in: *Prokla*, Nr. 124.
- Ziss, Roland (1997): Gewalt in Kolumbien: eine Gesellschaft im Notstand, in: Altmann, W./Fischer, T./Zimmermann, K. (Hg.), *Kolumbien heute*, Frankfurt a.M.